

Raketen statt Renten – die Rolle von Rentenfonds

Um im Militärjargon zu bleiben: Die Einschläge kommen näher und das Feuer wird heftiger:

„Um nennenswerte Summen (für die Aufrüstung) zu bekommen, wird man auch an das Rentensystem herangehen müssen“ (Moritz Schularick, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), SPIEGEL 10.01.25)

„Europas größte Volkswirtschaft konzentriert sich zu sehr auf Sozialprogramme statt auf Verteidigung“ (Marco Rubio, US-Außenminister, Handelsblatt, 31.01.25)

„Wir müssen uns auf Krieg vorbereiten.“ Zu den Rüstungsausgaben der NATO: **„Ich kann Ihnen aber eins versichern: Es wird viel, viel, viel mehr sein als zwei Prozent.“** (Mark Rutte, NATO-Generalsekretär, Bild am Sonntag, 2.02.25)

„Nach Berechnungen von Experten sind in den nächsten Jahren etwa dreieinhalb Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Verteidigung nötig. Das teile ich“... „Wir müssen fast doppelt so viel für unsere Verteidigung ausgeben, damit Putin nicht wagt, uns anzugreifen.“ (Robert Habeck, damals Kanzlerkandidat der GRÜNEN, Handelsblatt, 3.01.25)

Auf die Frage nach **Trumps 5 Prozent – Forderung und mehr: „Das halte ich für möglich und sehr wahrscheinlich...“** und das würden Sie befürworten? **„Aber natürlich!“** (Alice Weidel – AfD-Kanzlerkandidatin, ZDF heute Journal, 8.01.25)

Weidels Äußerungen lösten allerorten heftige Kritik aus. Zwei Monate später wurde das Grundgesetz in einem beispiellosen Vorgang geändert. Der bereits durch die Wahl am 23.02.2025 delegitimierte Bundestag wurde am 18. März 2025 noch einmal zusammengetrommelt, um in Zukunft **Militärhaushalte in unbegrenzten Volumen zuzulassen**. Fürs Geschichtsprotokoll: die verfassungsändernde Mehrheit kam mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und GRÜNEN zu Stande. In der Bundesratssitzung stimmten dann auch die LINKEN aus Bremen und Mecklenburg-Vorpommern zu.

Das Soziale steht dem Kriegshaushalt im Wege! – oder doch nicht?

Aufrüstung für was eigentlich?

Zunächst: um welche Dimensionen geht es hier. Die folgenden Zahlen sind der aufschlussreichen GREENPEACE-Studie **„Wann ist genug genug?“** ⁽³⁴⁾ entnommen. Sie sind überaus beunruhigend.

Die Militärhaushalte der NATO-Staaten betrugen 2024 zusammen 1.185 Milliarden US\$, davon umfasste das Volumen der Europäer und Kanada 430 Milliarden US\$. Im gleichen Jahr (dem dritten Ukraine-Kriegsjahr) betrugen die russischen

Militärausgaben zwischen 160 und 170 Milliarden US\$. Diese vielfachen Mehrausgaben der NATO-Staaten schlagen sich materiell nieder in einer enormen waffentechnischen Überlegenheit:

Tabelle 2: Vergleich der einsatzbereiten militärischen Großwaffensysteme

	Kamp f- panze r	Gepanzerte Fahrzeuge (2)	Artillerie (3)	Kampfhub- schrauber	Haupt- kriegs- schiffe (4)	U- boote	Kampf- flug- zeuge	Strate- gische Bomber
Nato Gesamt	9.011	45.619	22.145	1.301	274	143	5.406	140
davon USA	2.640	15.679	6.463	880	122	66	3.244	140
davon Kanada	74	1.118	283	0	12	4	89	
davon europ. Nato ⁽¹⁾	6.297	28.822	15.399	421	140	73	2.073	
Russland	2.000	11.020	5.399	348	33	50	1.026	129

(1) Inkl. Finnland & Schweden; (2) ohne gepanzerte Unterstützungsfahrzeuge; (3) inkl. selbstfahrender Haubitzen, gezogener Artillerie, Mörser, Mehrfachraketenwerfer; (4) umfasst Flugzeugträger, Kreuzer, Zerstörer und Fregatten. Quelle: IISS (2024)

Bei dieser in nahezu jeder Beziehung vorhandenen militärischen Dominanz eine Steigerung der Militäretats von 2% auf 5% zu planen, hat mit Verteidigungsmotiven nichts mehr zu tun.

Soll die vorhandene Überlegenheit vom drei bis achtfachen noch einmal mehr als verdoppelt werden? Warum werden die Daten und Fakten aus dem öffentlichen Diskurs völlig rausgehalten?

Das Wort „Putin“ reicht aus, um kritische Stimmen oder auch nur Nachfragende mundtot zu machen (Orwells „1984“ beschreibt sehr gut, wie Dämonisierungen von Gegnern funktionieren – sollte Pflichtlektüre an den Schulen werden).

Spätestens seit Carl von Clausewitz (dem Klassiker der Militärwissenschaft, *1780 – †1830) gehen Militärs davon aus, dass Angreifer eine mindestens dreifache Überlegenheit haben müssen, um erfolgreich zu sein. Russland mit seiner vielfachen Unterlegenheit soll die NATO angreifen wollen? Das können nur diejenigen behaupten, die Fakten und Größenverhältnisse systematisch verschweigen.

Da diese Zahlen und Fakten den verantwortlichen Politikern und Militärs (vor allem den Militär“experten“ im Sessel- und talk-show-Format) bekannt sein dürften, drängt sich die Frage auf:

Welchen Krieg meinen sie, wenn sie fordern: „Wir müssen uns auf Krieg vorbereiten“ und „Wir müssen kriegstüchtig werden“ ?.

Soll Russland nicht nur wirtschaftlich „ruiniert“ (Baerbock), sondern auch militärisch unterworfen werden? Ungeheuerlich? Unzulässige Frage?

Der Irrwitz der angestrebten erdrückenden Übermacht in deutschen Zahlen:

Im Jahr 2024 wurden 90,1 Milliarden Euro, das sind 2,1% des Bruttoinlandprodukts, für das Militär ausgegeben. Habecks zwischenzeitlich geforderte 3,5% würden nach aktueller Rechnung 150 Milliarden Euro erfordern. Die finalen 5% gar 215 Milliarden Euro, das wären rund 40% des Bundeshaushalts.

Wie soll der Wahnsinn finanziert werden?

„an das Rentensystem herangehen“

Natürlich fallen den neoliberalen Ökonomen und Politikern die Standards ein:

- Rentenkosten senken, durch längeres Arbeiten und kürzeren Rentenbezug.
- Direktes und verstecktes Absenken des Rentenniveaus.
- Umleitung von Beiträgen aus dem Umlageverfahren in die Finanzmärkte.

Der letzte Punkt ist von großem Interesse für die Finanzkonzerne (BlackRock, ALLIANZ und Co.), er könnte aber auch die Lösung für den gierigen Militärhaushalt werden. Es gibt da Vorgänger in der deutschen Geschichte:

- Zur Finanzierung des 1. Weltkriegs wurde das Vermögen der Rentenversicherung in **Kriegsanleihen** investiert – und vernichtet.
- Zur Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkriegs wurde das Unwort „Kriegsanleihen“ in „**Reichsanleihen**“ umgetauft. Auch hier wurden die Vermögenswerte der Rentenversicherung zweckentfremdet eingesetzt – und vernichtet.

Bereits bei den Vorbereitungen zur geplanten Aktienrente, mit dem Schönwort „Generationenkapital“ etikettiert, hatte Wirtschaftsminister Habeck die Idee, den Fonds zur Finanzierung von Start-Up-Unternehmen, also als Risikokapital, zu nutzen. Das Projekt ist mit Platzen der Ampel-Regierung vorläufig gescheitert.

Die nachfolgende schwarz-rote Koalition geht da zügiger ans Werk:

In das „**Altersvorsorgedepot**“ als Nachfolgeprojekt der Riester-Rente sollen in Zukunft mit noch kräftigerer staatlicher Förderung Lohngehalter in Risikomärkte gesteckt werden.

Mit dem Schlagwort „**Betriebsrentenstärkung**“, sollen mehr Lohngehalter über Entgeltumwandlung und ebenfalls noch kräftigerer staatlicher Förderung in Risikomärkte gesteckt werden. Wird dem Wunsch der Versicherungskonzerne und des DGB gefolgt und diese Art von Betriebsrenten obligatorisch vorgeschrieben, gibt es richtigen Turbo für die Finanzmärkte.

Die „**Frühstartrente**“ bringt Kindern, die ab diesem Jahr sechs Jahre alt werden, bis zum 18. Lebensjahr eine monatliche Überweisung von 10 Euro aus dem Staatshaushalt.

Schließlich wird die neue „**gesetzliche Kapitalrente**“ dafür sorgen, dass mindestens 2% der Bruttolöhne auf die Konten der neuen Rentenfonds abfließen.

Wenn alle vier Quellen in den Kapitalmarkt fließen, werden weit mehr als 4% der Bruttolohnsumme die Rentenfonds aufpumpen.

Vorsichtig gerechnet würden 4% der Bruttolöhne derzeit ein jährliches Fondsvolumen von rund 80 Milliarden Euro generieren. Das ist eine Größenordnung, mit der auch die exorbitanten Aufrüstungsvorhaben finanziert werden könnten. Die Vorbilder sind vorhanden, aber auch durch totales Scheitern verbrannt. Deshalb sind auch Bezeichnungen wie „Kriegsanleihen“ oder „Reichsanleihen“ nicht opportun – vielleicht wird man auf „Ertüchtigungsanleihen“ kommen. Oder: „Resilienzfonds“ klingt doch auch unverdächtig....

Tatsächlich würden es Vernichtungsanleihen werden. Dabei werden die vernichteten Rentenansprüche noch das geringste Übel sein.

Ist das Spekulation? Ja, sicher ist es das. Aber die oben zitierten größenwahnsinnigen Äußerungen und die Forderungen „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein“ (Pistorius im Bundestag) und nach einem „Wechsel zu einer kriegerischen Denkweise“ (Umstellung auf „Kriegsmentalität“ – Rutte bei seiner Antrittsrede als NATO-Generalsekretär), lassen die Spekulation realistisch erscheinen. Im Dezember 2024 appellierte Rutte auch direkt an die NATO-Bürger: **„Sagen Sie Ihren Banken und Pensionsfonds, dass es inakzeptabel ist, wenn sie sich weigern, in die Verteidigungsindustrie zu investieren“.**

Das Udenkbare wird denkbar.

Raketen statt Renten? Das ist viel mehr als eine sozialpolitische Frage. Es geht um alles!

„Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts!“ (Willy Brandt)